

Pferden bespannte Wagenladungen von Brettern und Balken den Kreuzberg hinauffahren. Dieselben sind zu Gerüsten für das große Feuerwerk bestimmt, welches die Artillerie abbrennen wird. Unter den Treubündlern haben diese Festlichkeiten bereits Hader und Zwist erregt. Die früher genannten Treubüндler Fritsch, Meroni und Tok sind nämlich den Treubündlern Kuhr, Wolff und Friedländer mit der Bildung eines Festkomitee's zuvorgekommen, welches die Letzteren ebenfalls unter sich verabredet und vertheilt hatten. A. Z. G.

Berlin. Seit längerer Zeit kursirt bekanntlich das Gerücht von der bevorstehenden Aufhebung des Belagerungszustandes in der Stadt. Man hatte sogar schon verschiedentlich den Tag mit aller Bestimmtheit bezeichnet, an welchem dies Ereigniß eintreten sollte. Die in dieser Beziehung gehegten Hoffnungen sind bisher unerfüllt geblieben. Seit einigen Tagen war, vermuthlich durch die häufigen Täuschungen, dies Gerücht verstummt. Gestern und heute ist es indeß abermals wieder aufgetaucht, und es wird nunmehr sogar von Personen, denen man in dieser Beziehung eine genauere Wissenschaft zutrauen kann, behauptet, daß die längst gehoffte Aufhebung des Belagerungszustandes am Geburtstag des verstorbenen Königs Friedrich Wilhelm III., den 3. August geschehen solle. (Ist bereits geschehen. Siehe vorhergehende Spalte.)

Stuttgart, 22. Juli. Mit Einem Male hat die württembergische Regierung die massenhaften Gerüchte über ihre Politik, namentlich über ihr Verhältniß zu Oesterreich und Preußen, das durch die Anschließung an Baiern bestimmt wird, in einem offiziellen Artikel ihres Staats-Organes vernichtet. Württemberg steht weder zu Preußen, noch zu Oesterreich, noch zu Baiern — es wartet wie sich die Verhältnisse gestalten, sucht im „eigenen Lande“ Ruhe und Ordnung zu schaffen und diese auf eine neue Verfassung zu basiren. Dann erst, wenn dies große Werk vollbracht ist, will es über seine Grenzen hinausschauen und sehen, wie es da sich gestaltet hat, und sich dem anschließen, der am sichersten steht, ihm damit auch am meisten convenirt. — Das steht einfach und klar aus dieser Römer'schen Erklärung heraus, die da sagt: „Es ist nicht wahr, daß die Verhandlungen zwischen München und Stuttgart so weit gediehen sind, daß Baiern und Württemberg von jetzt ab gemeinschaftlich in der deutschen Frage handeln werden. Können sich Baiern und Württemberg in dieser Sache verständigen, so liegt dies im Interesse Süddeutschlands und ganz Deutschlands; aber so sehr die württembergische Regierung es für ihre Pflicht erachtet, die deutsche Angelegenheit nicht aus den Augen zu verlieren, so wird doch von ihrer Seite eine definitive Verbindung weder mit Baiern, noch mit Preußen, noch mit irgend einem deutschen Staate eingegangen werden, weil sie sich nicht für berechtigt hält, ohne Zustimmung der Volksvertretung eine so hochwichtige Frage zur Entscheidung zu bringen.“

* **Stuttgart.** Der A. A. Ztg. wird von hier über den Geh.-R. v. Bally geschrieben: „Der Geheimrath v. Bally, Bevollmächtigter der Centralgewalt aus Frankfurt, ist von München wieder hier eingetroffen und setzt seine Verhandlungen mit den Ministern fort, nachdem er abermals bei Hofe empfangen worden ist. Mit gebührendem Rang für Preußen, dessen Stellung für Deutschland im Norden ebenso wichtig, als die Oesterreichs im Süden, ist die ungetheilte Größe und Macht des Vaterlandes, der Zweck der Bestrebungen des Hrn v. Bally, wozu er den Weg der materiellen Interessen verfolgt und nicht nur mit den Regierungen, sondern durch die verschiedenen Vereine mit den Völkern unmittelbar verhandelt und die Leidenschaften zu besänftigen bemüht ist. Seine Bestrebungen scheinen nicht ohne allen Erfolg zu sein, da er überall mit großer Theilnahme empfangen und gehört wird, obgleich er im Norden für Oesterreich, im Süden für Preußen die Rednerbühnen bestiegt, und in München in einem katholischen Verein mit so großer Begeisterung von dem König von Preußen sprach, daß sich die ganze Versammlung für den König von Preußen erhob.“ — Aus München, wo er in den letzten Tagen verweilte, ist Geh.-R. Franke von Schleswig hier eingetroffen.

München, 22. Juli. Die „Neue Münchener Zeitung“ theilt halbamtlich mit: Wie wir vernehmen, hat Preußen laut Art. IX. der Waffenstillstandsconvention auch die bayerische Regierung zu derselben aufgefordert. Wir sind in den Stand gesetzt, hierauf zu bemerken, daß die bayerische Regierung sowohl aus formellen, wie materiellen Gründen diese Aufforderung abschlägig beantworten zu müssen glaubte. Aus formellen Gründen, weil die Centralgewalt, als allein berechtigt zum Abschlusse eines Waffenstillstandes mit Dänemark, von Preußen gänzlich umgangen worden; aus materiellen Gründen hauptsächlich deshalb, weil grade die Rechte der Herzogthümer, das ungetheilte Beisammenbleiben derselben, durch den zwischen den Kronen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand gänzlich unbeachtet geblieben, ja verletzt worden sind.

Hamburg, 24. Juli. Gegen die die Kirche und Schule betreffenden Bestimmungen der von der Konstituante beschlossenen

neuen Verfassung, hat sich in diesen Tagen auch unsere geistliche Behörde, welcher bisher zum großen Theil das Oberaufsichtsrecht über das gesammte Schulwesen zustand, mit einer Vorstellung an den Senat gewendet, soll aber von diesem mit ihrem Bedenken an die konstituierende Versammlung verwiesen worden sein. In dem Stande unserer Verfassungsangelegenheit hat sich nichts verändert; die Presse sucht inzwischen die müßige Neugier des Publikums mit Gerüchten über bevorstehenden Einmarsch von preussischen Truppen und deshalb angeknüpfte Unterhandlungen in Berlin zu speisen.

Hannover, 26. Juli. Die Regierungszeitung sagt: „Der dänische Krieg ist durch einen einseitigen Waffenstillstand von Seiten Preußens unterbrochen: und auch die Friedenspräliminarien sind bereits festgestellt. Mit welchem ungeheuren Enthusiasmus wurde dieser Krieg nicht im vorigen Jahre trotz seiner Unbesonnenheit überall aufgenommen! Man meinte dort zum ersten Mal, das wieder geeinigte Deutschland sofort zur Geltung bringen zu können. Und nun, da wir nicht zum Glorreichsten aus der übel begonnenen und übel geführten Sache ziehen müssen; welcher Abfall!“ Auch kann sie sich nicht verhehlen, daß das an die Stelle der Reichsverfassung getretene Ausführbare ebenfalls keine durchgreifende Theilnahme zu erregen vermag. Sie erinnert daran, wie spurlos die Gothaer Konferenz vorüber gegangen. „Der Orkan läßt nach. Aber ist er schon ganz verweht? Es hängt noch manche drohende Wolke am Himmel; und leicht könnte er auch an einer andern Weltgegend wieder aufspringen. Benutzt man aber die gegebene Frist, um dem Ungewitter vorzubeugen, damit es uns nicht zum zweiten Mal wie das erste Mal überrasche, so ist die Gefahr, wenn auch nicht der Sturm zu bewältigen. Aber gehandelt muß werden, und zwar rasch. Wir wollen es nicht verschweigen, daß wir hier vornehmlich der Regierungen Oesterreichs, Baierns und Würtbergs gedenken.“

Sigmaringen, 23. Juli. Von einem definitiven Abschlusse der Unterhandlungen über die Abtretung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern an Preußen, welche Nachricht gegenwärtig alle Zeitungen durchläuft, ist hier nichts bekannt geworden; daß aber die Unterhandlungen noch fort dauern, beweist eine demnächstige Reise des Fürsten in das Hauptquartier des Prinzen von Preußen und nach Berlin. (Schw. M.)

Favorite, 25. Juli. Se königl. Hoheit der Prinz von Preußen und Prinz Friedrich Karl haben heute Mittag das hiesige Schloß verlassen und sind nach Freiburg zurückgekehrt. (K. Z.)

Vom Bodensee, 24. Juli. Die Entwaffnung des Seefreies durch die hessischen Truppen unter General Schäfer wird bereits überall vollbracht sein. Es wurde auch eine Truppenabtheilung von Konstanz aus auf einem Dampfschiff nach Biebingen befördert. Ob besondere Excesse, wie man sagt, die Entwaffnung beschleunigt, kann ich nicht angeben. Biebingen, ein badisches Dorf, liegt am rechten Rheinufer eine Stunde oberhalb Schaffhausen, und ist von diesem Kantonsgebiet in einem Halbkreise ganz umschlossen, so daß man nur durch Schweizergebiet dahin gelangen kann. Der Rhein fließt also da rechts zwischen Schaffhausen und links zwischen Thurgauer Gebiet. Dann reicht das badische Gebiet wieder bis an den Rhein, so daß er wieder neutral ist; hierauf kommt wieder das Schaffhauser Städtlein und mehrere Dorfschaften, auf der rechten Seite des Rheins gelegen, so daß er wieder ganz Schweizer Fluß ist. Da das hessische Militär ganz unerwartet den Rhein abwärts fuhr, so konnten ihm auch keine Hindernisse so schnell bereitet werden. Als sie aber den 21. d. wieder den Rhein aufwärts nach Konstanz zu fahren gedachten, wurde ihnen gemeldet, daß der Rhein an zwei Stellen ausschließlich Schweizer Gebiet sei und das die Schweizer Behörden nicht zugeben könnten, daß eine bewaffnete Macht durch ihr Gebiet ziehe; nur wenn sie die Waffen abgäben, werde man sie fahren lassen. Das hessische Leibinfanterieregiment konnte sich natürlich nicht dazu verstehen, seine Waffen abzulegen. Da die Schweizer an geeigneten Stellen Mannschaft und Geschütz aufgestellt hatten, so blieb den Hessen nichts Anderes übrig als mit dem Dampfschiffe da zu bleiben, wo sie waren. Denn man glaubt, daß die Schweizer als Repressalien gegen den auf Schweizer im Badischen gelegene Gut gelegten Arrest, Dampfschiff und Wagen zurück behalten würden. Den 22. ging Regierungsdirector Fromherz von Konstanz mit 2 Officieren, man sagt, General Schäfer selbst, an Ort und Stelle. Der Erfolg ist noch nicht bekannt. Vielleicht ein casus belli? Die Schweiz ist neutral, gegen wen sie eben gerade will. Die Freischaaeren zogen bewaffnet zu Tausenden nicht bloß eine kleine Wasserstrecke durch Schweizer Gebiet, sondern in dasselbe. — Sonntag den 22. waren bei 100 Officiere in Konstanz versammelt; General Schwarzenberg, Ulrich von Ulrichsthal und andere Officiere mit dem Musikkorps waren vor Bregenz gekommen; ebenso Officiere von Lindau. Der General Peucker befand sich grade auch in Konstanz. Soll diese schöne Zusammenkunft ein Rappen sein auf die deutsche Zerrissenheit?